

FREIE SICHT



Reiner Eichenberger

Professor an der Universität Freiburg

Warum der Steuerfuss sinken sollte

Die Bürgerlichen klagen, die Staatsquote wachse dauernd (obwohl sie zumeist in der Mehrheit sind). Hingegen schimpfen die Linken, die Steuern seien gesunken, der Staat werde ausgezehrt. Wie passt das zusammen?

Die Schweiz hat im internationalen Vergleich ein sehr progressives Steuersystem. Wer reicher ist, zahlt überproportional mehr Steuern. Weil die realen Durchschnittseinkommen längerfristig um etwa 0,8 Prozent pro Jahr steigen, wachsen die Steuereinnahmen und damit der Staat noch stärker, sprich: Die Staatsquote wächst automatisch. Das können wir nur verhindern, indem wir die Steuersätze dauernd senken. Sinken sie zu langsam, wächst die Staatsquote trotz sinkenden Steuern.

Auf Gemeinde- und Kantonsebene werden die Steuern dem Einkommenswachstum halbwegs wirksam angepasst, weil es über Steuerfussenkungen ganz einfach geht und Steuerwettbewerb herrscht. Auf Bundesebene hingegen werden die Steuern kaum angepasst, weil es mühsame Verfassungs- und Gesetzesänderungen braucht und kaum Wettbewerbsdruck gibt.

«Sinkende Steuern auf allen Ebenen mindern die Zentralisierung.»

Deshalb bläht das Einkommenswachstum vor allem die Bundeseinnahmen auf und bewirkt so automatisch Zentralisierung. Um eine Explosion der Staatsquote und diese endogene Überzentralisierung zu vermeiden, müssen wir also die Steuersätze auf allen Staatsebenen regelmässig senken.

Die Linken argumentieren, Steuersenkungen nützen nur einer Minderheit. Das ist falsch. Eine Minderheit der Bürger und Bürgerinnen bezahlt zwar einen Grossteil des Steueraufkommens. Aber es stimmt nicht, dass die grosse Mehrheit der Leute nicht unter den Steuern leidet.

Die Verfassung will, dass die Steuern nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit erhoben werden. Die Konsequenz daraus: Die gefühlte Belastung durch die Steuern ist für alle gleich. Für Arme sind schon geringe Steueraufwände eine grosse Belastung. Folglich bringen allgemeine Steuersenkungen auch allen die gleiche gefühlte Entlastung.

Wer sagt, nur die Reichen profitierten von Steuersenkungen, behauptet implizit, die heutigen Steuern seien nicht verfassungskonform. Wenn nur die Reichen von Steuersenkungen profitieren, leiden auch nur die Reichen unter den Steuern. Das aber verstösst gegen das Gebot der Steuererhebung gemäss wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit. Beim Wort genommen sind deshalb die Klagen der Linken ein Aufruf, die Steuern für Gutverdienende besonders stark zu senken.

In dieser Kolumne schreiben Isabel Martínez, Ökonomin an der Konjunkturforschungsstelle (KOF) der ETH Zürich, Reiner Eichenberger, Professor für Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg, Ökonom Klaus Wellershoff von Wellershoff & Partners sowie der «Handelszeitung»-Co-Chefredaktor Markus Diem Meier.